

Maschine ausge-
legt ist, stellt
deutschen Groß-

richten.

kreuz-Turnver-
des. Das Pro-
das folgende:
5 Uhr: Faust-
spiele; abends
treten; abends
Kriegerehrung;
Zapfenstreich.
6,30 Uhr: An-
Beginn der
Feldgottesdienst
17: Fortsetzung
13,45 Uhr:
17: Abmarsch
— Körper-
schlagballspiel
— Geräteturn-
17: nachm. 18

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.85 (Postgebühr, beim eigenen Postamt befreit). — Fürs
Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kinderzage“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig.
Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 g je laufend 15 Pf.
Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach-
konto Hannover 67 577.

Nr. 143.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 23. Juni 1931.

13. Jahrgang.

Es muß ein Menschenherz wohl etwas Großes sein,
Gott, Teufel, Welt und Fleisch, ja, alles will hinein,
Erwähle, weil du kannst, dir doch den besten Gast.
Hast du was Gut's erwählt, so halte, was du hast.
Tersteegen.

Mensch und Maschine.

Von H. L.

Die anhaltend hohe Arbeitslosenziffer läßt auch sonst oberflächliche und sorglose Gemüter bedenklich werden und nach der Ursache fragen, um auf Abhilfe zu finnen. Wir teilen das harte Schicksal der Arbeitslosigkeit mit allen alten Kulturländern, und wenn es auch ein schlechter Trost ist, im Unglück Genossen zu haben, so ist es immerhin ein Trost, denn man darf hoffen, nun auch gemeinsam eine der Fehlerquellen zu verstopfen, als die sich der Versailler Vertrag erwiesen hat. Deutschlands vertragsbedingte Zwangslage, ausführen zu müssen, ließ automatisch die anderen Länder Abwehrzollstranken gegen unerwünschte, die eigene Produktion bedrohende Einfuhr errichten. Wirtschaftliche Not oder Einsicht wird diese Fragen eines Tages durch Abänderung des unglückseligen Vertrages international neu regeln müssen, um nicht noch weiterhin auf beiden Seiten Arbeitskraft und Kaufkraft zu vernichten.

Eines aber ist nicht wieder aus der Welt zu schaffen: das Ueberflüssigwerden der Menschenhand durch die Maschine. Hier gibt es kein Zurück, diese Entwicklung wird vielmehr weiter vorwärts drängen und uns vor neue Rätsel stellen. Nicht nur zukünftige Schlachtfelder werden menschenleer sein, sondern auch moderne Fabriken.

Welche Umwälzungen brachte die mechanische Kraft! Die Maschine ist die Magd der Hausfrau geworden; die Maschine ersetzt die Muskelkraft des Mannes und verschiebt damit die Wertung der Geschlechter ein wenig mehr zu Gunsten der Frau; die Maschine ist ausdauernder als der fleißigste Mensch und das stärkste Tier, sie ist jederzeit leistungswillig und -fähig, sofern sie nur gepflegt und bedient wird, kurzum: sie ist die Wohltäterin der Menschheit — auch ihr Tyrann. Sie zwingt dem Menschen ihr pausenloses Tempo auf, in unveränderlichem Gleichmaß bedingt sie grauenhafte Eintönigkeit der Arbeit, und in ungehemmter Bewegung fordert sie schärfste Aufmerksamkeit des sie Bedienenden. Sie gestattet kein Andersdenken und -fühlen, kein Abschweifen der Gedanken, trotz straffster Einfügung in das gesamte Werk läßt sie Zusammenhänge nicht mehr erkennen; sie macht eben den Menschen zu ihrem feilen Sklaven.

An der Seelenlosigkeit der Arbeit krankt unsere Zeit und die Erkenntnis dieser grauenhaften Tatsache scheint nur die Lage zu verschärfen. Manderlei Vorschläge werden gemacht, der mechanischen Arbeit unserer Tage wieder inneren Wert zu verleihen, der scheinbaren Sinnlosigkeit monotoner Griffe einen Sinn zu geben. So hat es sich insbesondere das Deutsche Institut für technische Arbeits-
schulung (Dinta) zur Aufgabe gestellt, Lehrlinge für den modernen Fabrikbetrieb heranzubilden, neben der Fachausbildung aber auch die menschliche Entwicklung der ihnen anvertrauten Jugendlichen zu pflegen und zu fördern. Es ist eine große Freude, hierüber den Ausführungen des Oberingenieur Arnold-Gelsenkirchen folgen zu dürfen, der mit einem warmen Herzen von seiner Arbeit an der Werksjugend berichtet. Bei dieser „industriellen Menschenführung“ wird eine planvolle Ausbildung und Entwicklung des ganzen Menschen erstrebt, abgesehen vom Hauptbetrieb ist die Lehrlingschule ein Betrieb im Kleinen, hier wird der junge Arbeiter mit den Dingen des zukünftigen Berufes vertraut gemacht, Frohsinn, Sport und Heimatliebe werden gepflegt und die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge erläutert mit dem Ziel, dermaleinst auch für den mechanischen Betrieb bewußte Mitarbeiter zu gewinnen, denen das Gefühl für den Eigenwert ihres Menschentums nicht verloren gegangen ist.

So außerordentlich wertvoll diese Arbeit des „Dinta“ für die 10 000 von ihm erfassten Lehrlinge ist, so wenig bedeutet es für die große Masse unserer Arbeiterschaft, die nicht des Vorzuges einer solchen Menschenführung teilhaftig sein kann und sich in ihrem Menschenwert bedroht fühlt. Steigt nicht hier die unerlöste Frage vor uns auf, ob überhaupt die Arbeit am laufenden Band uns noch künstlich inhaltreich gemacht werden kann, ob es nicht ihr Schicksal ist, keine „Seele“ zu haben? Es ist vielleicht der große Fehler unseres Bemühens, das, was naturgemäß nur noch gezählte Leistung sein kann, zu einem geschaffenen Werk umstempeln zu wollen, weil wir

aus alten, lieb gewordenen Gedankengängen nicht herauszufinden vermögen. Wir sehen, wie der Mensch des Maschinenzeitalters innerlich verkümmern muß, wie ihm das Leben nicht mehr lebenswert erscheint, wie er nach Surrogaten der Freude greift, weil er die wahre Freude am Werk nicht mehr kennt, und mit Sehnsucht blickt wir zurück zur Vergangenheit mit ihrem inneren Reichtum der Freude am selbstgeschaffenen Werk.

Aber, war denn wirklich immer und für alle die Arbeit ein Schaffen voll tiefer innerer Befriedigung? Gab es nicht doch auch zu allen Zeiten für die Masse mehr Grunddienst, mehr Rätterarbeit als schöpferisches Gestalten? In ungesunden Werkstätten bei schier unbegrenzter Arbeitszeit und ohne Sonntagsruhe? Müßen wir nicht ehrlich eingestehen, daß jeder von uns bei aller Hast unseres Erwerbslebens noch viele berufsfreie Stunden hat, die er für sich verwenden kann? Noch haben wir den Achtstundentag. Wie lange oder wie kurze Zeit wird es dauern, und eine internationale Regelung senkt auch diese erst vor einem Jahrzehnt heiß erstrittene Arbeitszeit um ein beträchtliches herab, um alle Menschen am Produktionsprozeß teilnehmen zu lassen. Dann wird die große Masse der Arbeitnehmer noch mehr freie Zeit für sich zur Verfügung haben, mit der sie vorläufig nicht viel anzufangen weiß, wie das Beispiel ungezählter Erwerbsloser uns heute schmerzhaft deutlich zeigt. Um die Jugend vor dem Versinken zu bewahren, sind Behörden und freiwillige Helfer bemüht, dem inhaltlosen Tag dieser Bedauernswerten durch Unterhaltung und Belehrung wie der Aufgabe, Sinn und Inhalt zu geben. Dieser Notstand weist aber auch deutlich den Weg in die Zukunft, den wir beschreiten müssen, wenn der Mensch des Maschinenzeitalters seine Seele wieder finden soll.

Mechanische Arbeit zu beseitigen, so haben wir schon oben, wird uns nicht gelingen, sie muß eben getan werden, so eintönig und so stumpfsinnig sie nun einmal ist. Und sie kann es auch, wenn die Arbeitszeit nicht zu lang ist und wenn eine wertvoll ausgefüllte freie Zeit den Ausgleich schafft, um das innere Gleichgewicht wieder herzustellen. Unsere große Aufgabe wird es sein, diese freien Stunden inhaltreich und beglückend zu gestalten, so daß sich gesundes Selbstbewußtsein und inniges Heimatgefühl bei der Volksmasse wieder entfalten können und Geist und Gemüt Nahrung und Pflege empfangen.

Das hat der große Volksfreund Pastor von Bodelschwingh schon vor 50 Jahren vorausgesehen und uns den Weg gewiesen, den wir jetzt zu beschreiten haben. Wiederholt sprach er noch als alter Mann im Preussischen Landtage zur Lage des Industriearbeiters. „Was nützt der Achtstundentag?“ so führte er 1905 aus, — „der Sechstundentag ist darin noch schlimmer — wenn der Mann nach Hause kommt und nichts zu tun hat... Der Achtstundentag gewinnt erst dann seine große Bedeutung, wenn der Mann seinen eigenen Garten bebauen kann. Es gibt keine Kapitalanlage von solch idealem Wert, daß man denselben in Zahlen gar nicht ausdrücken kann.“ Ist es nicht, als felen diese Worte heute zu uns gesprochen? Hier fühlt der greise Führer mit dem kleinen Mann und gibt dessen unbewußtem Sehnen Ausdruck, der Sehnsucht nach dem kleinsten Stüchlein Vaterland. An der Bahnstrecke entlang künden sich mit bestimmten Anzeichen die großen Städte an. Ehe die zahlreichen Industriewerke nahen, gleiten Gärten und Gärten mit Lauben und Wimpeln vorüber; Berlin allein zählt 360 000 Schrebergärten! Was anders sind diese Kolonien als ein tausendfacher Schrei nach Heimatde, nach Menschendürfen, nach Lebenswerten. Und sie sind zugleich ein feines Zeugnis der in unserem Volk noch vorhandenen gesunden Seelenkraft, die sich zur Eintönigkeit des Arbeitslebens neben dem Sport diesen anregenden Ausgleich in der Freizeit verschafft. (Schluß folgt.)

Wie kommen wir aus dem Dilemma heraus?

Dr. Bögler, der vor zwei Jahren unter dem tiefen Eindruck der Pariser Verhandlungen stehend, die Regierung davor gewarnt hat, die bisherige Verschleierungspolitik weiter zu betreiben und dem oft enttäuschten Volk Erleichterungen und Verbesserungen vorzugaukeln, hat vor einigen Tagen wiederum seine warnende Stimme erhoben. Er hat bei der Tagung des Langnamvereins erklärt, daß es sehr leicht sei, in die Welt zu schreien: „Fort mit den Reparationen“. Man vergesse aber dabei, daß hier bindende, feierlich eingegangene Abmachungen vorliegen und daß die Welt nicht ohne weiteres auf die Tribute, die sie als Einnahmen bucht, verzichten wird.

Nur auf dem Wege der Verhandlungen könne man eine Aenderung der Tributzahlungen, die an der großen Arbeitslosigkeit Deutschlands und der Welt zum größten Teil schuld sind, herbeiführen. Erfolgreiche Verhandlungen sind aber erst dann möglich, wenn eine überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes geschlossen dahinter steht. Eine solche Front zu bilden, ist die erste und wichtigste Aufgabe der Reichsregierung, sofern sie bewußt Aufbauarbeit vollbringen will.

Daß Frankreich und England sich einstweilen einer Ermäßigung der Zahlungen widersetzen werden, nachdem die ablehnende Haltung Amerikas nicht mehr zweifelhaft erscheint, geht aus den Kommentaren der ausländischen Presse klar hervor. Die deutsche Krise wird im allgemeinen viel besprochen. Je nach Einstellung der Zeitung ist der Unterton freundlich oder unfreundlich; der Grundton aber ist fast bei allen der gleiche: „Solange Amerika von einer Ermäßigung der Kriegsschulden nichts wissen will, können wir uns auch nicht mit einem Nachlaß unserer Forderung einverstanden erklären, denn der Ausfall deutscher Zahlungen müßte durch neue Steuern weitgemacht werden. Wir können aber unserem Volke nicht weitere Steuererhöhungen zumuten.“

Der „Temps“ stellt sich beispielsweise auf den formalen Standpunkt. Er erinnert daran, daß die Tribute aus ungeschützten und geschützten Jahresleistungen bestehen. Die ungeschützten Annuitäten von 600 Millionen Reichsmark, die übrigens zum Teil bereits mobilisiert und daher jeder Aenderung entzogen sind, müssen unter allen Umständen nach wie vor überwiesen werden. Dagegen könnten die geschützten Jahresleistungen, die in etwa den Zahlungen der Alliierten an Amerika entsprechen, hinausgeschoben werden. Nach dem Youngplan ist der Deutschen Regierung das Recht zuerkannt worden, mit 90tägiger Voranzeige die Uebertragungen der fälligen Summen aufzuschieben. Im ersten Jahr muß Deutschland aber die festgesetzten Beträge auf das Konto der WZJ. bei der Reichsbank hinterlegen. Erst im zweiten Jahr könnte Deutschland die Zahlungen bis 50 Prozent zurückstellen.

Die ungeschützten Zahlungen betragen 1 025 Millionen Reichsmark für das Jahr 1931—1932. In dieser Summe sind 700 Millionen Reichsmark Sachleistungen enthalten. Nach Ansicht des „Temps“, der wir zustimmen müssen, wird ein Moratorium nicht viel nützen, weil Deutschland ja in diesem Jahr die Zahlungen doch leisten muß. Außerdem darf man nicht außer acht lassen, daß ein Zahlungsausschub uns vielleicht Krediteinbuße zufügen würde. Nach den letzten börslichen Erschütterungen dürfen wir nichts vornehmen, was unsere ohnehin ungesunden Finanzen gefährden könnte.

Die Behauptungen des französischen Blattes aber, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten lediglich eine Auswirkung der falschen deutschen Außenpolitik seien, müssen wir entschieden zurückweisen. Nicht die Bemühungen um die Zollunion, sondern die Friedensverträge und der Youngplan haben Deutschland und Europa nicht zur Ruhe und zur organischen Entfaltung kommen lassen. Solange diese einengenden Verträge in der gegenwärtigen Gestalt bestehen bleiben, ist mit einer Befriedigung der Geister und Völker in absehbarer Zeit nicht zu rechnen.

Wir wissen genau, daß wir von Frankreich in unseren Bemühungen, den Frieden zu festigen, kein Entgegenkommen erwarten dürfen. Frankreichs Ziel ist und bleibt, Deutschland auch wirtschaftlich niederzuhalten, damit es niemals seine Hegemoniepläne durchkreuzen kann. England zeigt uns andererseits bei aller Freundlichkeit und allem Verständnis doch die kalte Schulter. Seine Sorgen sind auch riesengroß und stehen ihm näher als die unsrigen. Mit Italiens Hilfe kann man nach den letzten Erfahrungen nicht rechnen. Italiens geradlinige Politik zielt nicht auf eine Aenderung der politischen und wirtschaftlichen Lage zu Gunsten Deutschlands, sondern nur auf eine Mattierung Frankreichs. Solange Hoover Präsident der USA. ist, dürfen wir auf eine Hilfe der geldgierigen amerikanischen Skylocks nicht hoffen.

Es bleibt uns nur eins übrig: den Weg zu gehen, den uns Dr. Bögler vorgezeichnet hat, nämlich eine Bewegung im deutschen Volk gegen den Youngplan und die fogen Friedensverträge zu entfachen, die darauf abgestellt ist, eine Aenderung dieser friedensstörenden Instrumente herbeizuführen. Ein einzig Volk vermag auch Schwierigkeiten zu überwinden, die unüberwindlich erscheinen. Das haben wir zuletzt im Krieg erlebt, das werden wir immer wieder erleben. Die Not kann Menschen und Völker festigen oder zerbrechen. Hoffentlich wird die gegenwärtige bittere Not das deutsche Volk erwachen lassen.
E. F. R.

Sind die Reparationen schuld?

Die augenblickliche innenpolitische Lage Deutschlands weist eine große Ähnlichkeit auf mit derjenigen des Inflationsjahres 1923. Zug um Zug kann man Parallelen aufdecken: Die Verarmung von Arbeiterschaft und Mittelstand, Finanznot des Reiches und der Gemeinden, gebrochene Existenzen, wachsende Zahl der Selbstmorde, Unruhe in den Städten, systematisch einsetzender Bürgerkrieg, kurz und gut, damals wie heute: Höhepunkte der Not und des Elends. Ja, man kann noch weiter gehen. Man kann die Regierungen miteinander vergleichen und wenn man das Ergebnis betrachtet: es ist kein großer Unterschied. Damals im Inflationswurm der Reichskanzler Cuno — (wer weiß heute noch was von ihm?) — begrüßt von der deutschen Presse als Retter des Vaterlandes, als starker Mann, der den passiven Widerstand propagierte, der mit politischen, nicht mit wirtschaftlichen Mitteln die Mark stabilisieren wollte, dabei die Notensprelle weiter laufen ließ und schließlich in der Papiergeldflut verfaßte. Und heute das Kabinett Brüning in der Deflationserstarrung. Der Reichskanzler, der den Mut hatte, die Not als Not zu bezeichnen ohne Verschleiierung, mußte zu Beginn seiner Amtszeit durchaus als sympathische Persönlichkeit wirken. Er galt für viele einfach als der starke Mann, ebenfalls als der Retter des Vaterlandes. Heute ist bereits die Ernüchterung da. Bekenntnis zur Wahrheit ist kein Ersatz für mangelnde politische Einsicht. Genau wie Cuno will Brüning mit politischen Mitteln das wirtschaftliche Gespenst der Krise bannen. Er will den Staatshaushalt durch die neue Steuererpressung in Ordnung bringen, und stillschweigend geht die Forderung weiter, daß damit auch Ordnung und Leben in die Volkswirtschaft zurückkehren würde. Als wenn der Weg nicht umgekehrt lauten müßte: erst Gesundung der Wirtschaft, dann Gesundung des Staatslebens. Die Notverordnung, so betrachtet, ist nichts anderes als ein großangelegtes Dokument dilettantischer Regierungskunst. Die Rettung wird durch sie nicht herbeigeführt, so wie damals wird auch heute der Umschwung durch andere Kräfte bewirkt werden. Von wirtschaftlicher Seite erfolgte 1923 der Anstoß zur Gesundung der Währung. Man schuf die Rentenbank und die Rentenmark. Von maßgebenden Vertretern des herrschenden Geldsystems wird auch das Ende der Krise vorbereitet, dann, wenn es Zeit ist, — wenn man an der Krise nichts mehr verdienen kann.

Die Frage nach der Ursache der Krise wird augenblicklich lebhaft erörtert. Alle möglichen Dinge sollen schuld sein. Und gerade verantwortliche Führer suchen nicht die vor ihnen liegenden Wurzeln aufzudecken, sondern ziemlich weit in die Ferne zu schweifen, von unentrinnbarem Schicksal, von Weltkrise und Weltarbeitsmarkt zu sprechen. Stillschweigend wirkt dabei der Gedanke mit: wir tragen keine Verantwortung, wir sind überirdischen Kräften ausgeliefert, wir als Vertreter eines einzigen Landes können nichts machen. So beruhigt man sich und diejenigen, die man führt. Ein beliebtes Mittel, auf solche Art seine Unfähigkeit zu verdecken, stellt die Reparationsfrage dar. Wie damals in der Hochflut der Inflation ist sie auch gegenwärtig wieder in den Vordergrund getreten und es ist geradezu erschreckend, welchen Unfug man damit treibt.

Reichstagung der Evangelischen Frauenhilfe in Breslau.

Von Pfarrer N o m i n a t, Königsberg i. Pr.

In den Tagen vom 13. bis 16. Juni 1931 war Breslau Sammelpunkt der evangelischen Frauen Deutschlands, die dort über ihre Aufgabe innerhalb der evangelischen Kirche sich von neuem klar werden wollten durch Rückblick auf die geleistete Arbeit und Ausblick auf neu einzuschlagende Wege.

Seute umfaßt der Gesamtverband in 19 Provinzial- und Landesverbänden 5620 Einzelvereine mit über 650 000 Mitgliedern. Neben die freiwillige Mitarbeit der Mitglieder trat im Laufe der Jahre eine Berufsarbeit. Die Schwere der Aufgabe der Frauenhilfe zeigt sich an 750 Schwestern, und über 8000 Helferinnen sind für ländliche Krankenpflege ausgebildet worden.

Im Ganzen ist die Frauenhilfe eine Arbeit, die in der Stille treu und unermüdlich geleistet wird. Wenn sie bei der Breslauer Tagung des Gesamtverbandes in die Öffentlichkeit trat, so hatte das namentlich in der Kundgebung in der Jahrhunderthalle den Sinn eines Bekenntnisses. Fast zwöftausend Menschen sah die Jahrhunderthalle. Tausende konnten sie wegen Ueberfüllung nicht betreten, so daß im Messehof eine zweite Kundgebung veranstaltet werden mußte. Dreitausend Sänger und Sängerinnen, Abordnungen der Jugendbünde mit Wimpeln und Fahnen, Elternbünde, Arbeitergemeinschaften, selbst die Kleinsten vom Kindergottesdienst standen auf der Empore vor der Riesengruppe. Inmitten der verantwortlichen Leiter, der Geistlichkeit, Vertreter der Behörden — als Vertreter des Evangelischen Oberkirchenrates in Berlin nahm dessen geistlicher Vizepräsident D. Burghart an der Tagung teil — war auch die Kronprinzessin erschienen. In einer kurzen Ansprache eröffnete die Vorsitzende des Gesamtverbandes Frau von Oppen die feierliche Versammlung. „Frauenhilfsdienst im Kampf der Kirche“ lautete das Thema, über das Gen.-Sup. D. Eger-Magdeburg und Frau Liebe-Garthort-Hagen-Gaspe sprachen. Männerchöre des Schlesischen Sängerbundes umrahmten die Ansprachen der Redner. Das von den vielen Tausenden mit Orgel- und Posanenbegleitung gemeinsam gesungene „Frauenhilfslied“ („Kling durch alle Lande“) unseres Königsberger Frauenhilfspfarrers Lic. Hermann beendete die machtvolle Feier.

Die im Mittelpunkt der Arbeit der Frauenhilfe stehenden Fragen wurden in Sonderveranstaltungen und in besonderen Arbeitsgemeinschaften behandelt.

Ich möchte nicht mißverstanden werden. Als Vertreter einer politischen Bewegung, die jede Ausbeutung aufs schärfste bekämpft, bin ich mir vollständig klar über das Wesen der Reparationen. Sie stellen nichts weiter dar, als die sichtbaren Tatsachen eines internationalen Ausbeutungsverhältnisses, das auf brutaler Machtüberlegenheit aufgebaut ist. Jede Politik, die zielbewußt diese Ausbeutungsercheinung zu beseitigen bestrebt ist, muß begrüßt werden.

Sie aber wende ich mich gegen die öffentliche Irreführung, die man mit Hilfe der Reparationsfrage bewirkt. Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei in Leipzig erklärte kürzlich der Hauptredner Tarnow, daß nun auch die Arbeiterschaft hinsichtlich der Not für eine Beseitigung der Reparationen eintreten müsse. Zu gleicher Zeit tagte in Düsseldorf der großindustrielle Langsamverein und Generaldirektor Wöglers sagte, Krise und Reparationsfrage hingen unaufloslich miteinander zusammen, und im Kampf gegen die Reparationen bildeten Arbeiter und Unternehmer eine Einheitsfront. Auch bei dem Kanzler- und Ministerbesuch in Chequers stand im Mittelpunkt der Besprechungen die Reparationsfrage als wesentlich bestimmender Faktor der deutschen Not. Was so vorsichtig und geschickt von den Zentralstellen unseres sozialen Lebens formuliert wurde, hat die Presse in immer wiederkehrenden Variationen bearbeitet und volkstümlich gemacht. So ist in weitesten Volkskreisen — und nicht nur in den unteren ungebildeten Schichten — die Meinung vertreten, die Reparationen seien schuld an der Krise. Jeder, der diesen Glauben teilt, möge klar und einfach, losgelöst von jeder gefühlsmäßigen Einstellung, einmal die Frage beantworten, wie sich denn rein wirtschaftlich dieses Verhältnis von Ursache und Wirkung darstellt. Von einem Menschen, der politisch ernst genommen werden will, muß man die Beantwortung dieser Frage einfach verlangen. Mit Gefühlsausbrüchen und Sentimentalitäten kann man wohl auf Massenversammlungen einwirken, in einer zielbewußten Politik hat nämlich Tatsachenerkenntnis zu entscheiden.

Machen wir uns die Sachlage klar. Deutschland hat jährlich zwei Milliarden Mark an Reparationen abzuführen. Diese zwei Milliarden Mark gehen ab von dem Arbeitsprodukt des deutschen Volkes, sie müssen abgezogen werden von dem Lebensstandard aller Deutschen. Auf den Kopf macht das eine Belastung von etwa 33 Mark im Jahre aus; ganz grob gesprochen: der einzelne, ob Kind, ob Greis, muß auf den Kaufkraftwert von 33 Mark im Jahre verzichten zugunsten der ehemaligen Feindstaaten. Weltwirtschaftlich wirkt sich das folgendermaßen aus. Deutschland muß für zwei Milliarden Waren ausführen, für die es keine Waren einführen kann. In diesem Punkte setzen gewöhnlich die Krisenerklärungen ein. Man sagt: die deutsche Ausfuhr übersteigt den Weltmarkt. Das hat zur Folge, daß die Auslandsarbeiter nicht mehr so viel produzieren können. Ihre Arbeitslosigkeit veranlaßt ihre Regierungen zu Zollmaßnahmen und Einfuhrverboten. Diese Sperrungen wieder wirken zurück auf Deutschland. Sein Absatzmarkt ist verschlossen und in der Not verschließt es den Auslandsprodukten dann ebenfalls den deutschen Markt. Die Weltkrise ist da, zwei Milliarden Mark Reparationen bilden den Ausgangspunkt, und die Kette scheint lückenlos geschlossen zu sein.

Eine Grenzlandtagung in Oberschlesien, Ausflüge nach dem Riesengebirge, nach Buchwitz und die Einweihung der Kapelle im Müttererholungsheim Rosenthal schlossen sich an. Möge sie bei allen Teilnehmern Treue zum evangelischen Glauben und zur evangelischen Kirche geweckt haben!

Einbringliche Worte bei der Einweihung des Predigerseminars in Frankfurt (Oder).

Am 11. Juni fand in Frankfurt (Oder) unter außerordentlicher Beteiligung aus allen Kreisen der Stadt, während die Kirchenglocken läuteten und die Fahnen vom Rathaus wehten, die feierliche Eröffnung des Predigerseminars statt, das der Gut und Pflege des Superintendenten Wolfgang Staemmler anvertraut wurde.

Bei der Weihe sind Worte gesprochen worden, die es wert sind, auch in weiteren Kreisen gehört und beherzigt zu werden. So sagte der Generalsuperintendent der Neu-Mark und der Bischof D. Wits u. a. folgendes:

Ein evangelischer Pfarrer muß mehr sein als Prediger. Er muß Pastor, Hirte, Lehrer und Erzieher der Kirchengemeinde, Führer und Freund der reiferen Jugend, Seelsorger und Berater, Helfer in inneren und äußeren Nöten sein. ... Allein pectus facit theologum — das Herz macht den Theologen. Gewiß, eine gebiegene Allgemeinbildung, eine gründliche wissenschaftliche und praktische theologische Durchbildung, ein sicheres Wissen und Können — das alles ist notwendig. Aber das Entscheidende ist im letzten die persönliche Lebensgemeinschaft mit unserem Herrn Christus.

Wir klagen heute mit Recht über die grenzenlose Verwirrung aller religiösen und sittlichen Begriffe. Selbst die großen, heiligen, ewigen Gottesgebote stehen nicht mehr als unverrückbare Grenzsteine fest. Die Dämme der Zucht werden fortgeschwemmt. Hier gilt der Herrenmensch, dort der Massenmensch als Ideal. Trotz allen Bildungshungers und Bildungsstrebens eine erschreckende Unwissenheit gerade in religiösen Dingen, auch in den Kreisen der sogenannten Gebildeten. Keine noch so wunderliche und verrückte Lehre, die nicht ihre Gläubigen findet. Die gefährlichsten und verderblichsten Irrtümer geben um und verwirren die Köpfe und Herzen. In einer solchen Zeit tut es wahrlich not, daß wir uns und anderen das Wort zurufen: Einer ist euer Meister, euer Lehrer, Christus! ...

Wenn die Erstarrung auf dem Weltmarkt wirklich von den Reparationen abhängt, müßte sie auch zahlenmäßig in der Höhe der Reparationssumme sich auswirken. Das heißt: Der Außenhandel der Völker müßte in seiner Gesamtheit um die Summe von 2 Milliarden Mark, für die Deutschland ja keine Waren abnimmt, zurückgehen. Das tatsächliche Bild aber sagt etwas anderes: Von 1929 auf 1930 ging die Ausfuhr zurück: in Amerika um 5,5 Milliarden, in England um 3,2 Milliarden, in Frankreich um 1,2 Milliarden. In 3 Ländern der Weltwirtschaft also betrug der Rückgang der Ausfuhr annähernd 10 Milliarden Mark, während doch die Hemmung durch die Reparationsleistung nur 2 Milliarden Mark betrug, wobei diese Hemmung sich noch über die ganzen Weltländer, die deutsche Waren kauften, verteilte. Wie können also die zwei Milliarden Mark die Wirtschaftskrise erzeugen. Noch absurder wird der Gedanke, wenn man an den allgemeinen Rückgang der Produktion in der Weltwirtschaft denkt. Bei den fast zwanzig Millionen Arbeitslosen macht das mehr als 50 Milliarden Mark aus. Mit der Reparationsfrage ist diese Erscheinung nicht zu erklären. Maßgebend ist der stockende Absatz, veranlaßt durch den stockenden Geldumlauf. Bei der Inflation mußte man schließlich, daß die Not durch falsche Geldpolitik verursacht war, heute in der Deflation weiß man es noch nicht allgemein. Muß das Elend noch größer werden, um diese Lehre brutal und offen allen deutlich zu machen? Die Inflationsgewinnler konnten damals die Wahrheit nicht verschleiern, wird das den Krisengewinnlern von heute auch unmöglich sein? Wer das Geld beherrscht, hat ein Interesse daran, die Gesetzmäßigkeit seines Auf und Ab hinter äußeren Erscheinungen zu verbergen. Daß man heute die Reparationsfrage in diesem Sinne wieder einmal als Opium fürs Volk benutzt, ist bequem und wirksam. Tragisch aber ist es, daß gerade die breitesten nationalen Schichten unseres Volkes sich durch diesen Köder irreleiten lassen. Man sagt wohl, Not lehrt beten. Ich will hinzufügen, Not möge auch denken lehren! Denken in volkswirtschaftlich-sozialen Dingen, das ist notwendiger denn je!

Kurt Becker.

Auch Seipel gescheitert.

Burech mit der Kabinettsbildung beauftragt.

Nach dem Bundeskanzler Ender ist nun auch der frühere österreichische Regierungschef Prälat Dr. Seipel mit seinen Bemühungen um die Regierungsbildung gescheitert.

Dr. Seipel hat Sonnabend mittag seine Mission in die Hände des Bundespräsidenten zurückgelegt, da alle seine langwierigen Versuche, die auch den größten Teil der Nacht in Anspruch nahmen, weder in bezug auf die Bildung einer Konzentrationsregierung, noch einer Mehrheitsregierung Erfolg hatten. Der Bundespräsident erklärte hierauf, noch einen letzten Versuch der Bildung einer parlamentarischen Mehrheitsregierung zu machen und ersuchte den Abgeordneten Landeshauptmann Dr. Burech, sich als designierter Bundeskanzler dieser Aufgabe zu unterziehen.

Die Sozialdemokraten hatten den Eintritt in das Konzentrationskabinett Seipel abgelehnt, da nach ihrer Auffassung die Voraussetzungen für eine Konzentration noch nicht gegeben seien. Seipel versuchte darauf, ein Kabinett aus den bisherigen bürgerlichen Mehrheiten zu bilden, doch blieb auch dieser Versuch erfolglos, da die Grö-

Wir aber sollen Verkünder dieser Botschaft sein, nicht bloße Referenten oder Berichterstatter vergangener Geschichte, vielmehr lebendige Zeugen des Lebendigen, gegenwärtig wirkenden Christus ...

Darum sollt Ihr Euch durch unsern Herrn Christus das Herz warm machen lassen für die Not unserer Brüder, für die Not unseres Volkes. Wir können keine Pastoren gebrauchen, die nicht mit weitem Herzen im Volksleben stehen.

Noch ist, gottlob, unsere evangelische Kirche eine Volkskirche; wie lange noch, das steht in Gottes Hand. Aber wir wollen dankbar sein, daß wir das Netz mit auswerfen dürfen, daß wir allen denen dienen dürfen, die das Band mit der Kirche noch nicht zerschnitten haben. Allein, unsere suchende und verbende Liebe muß auch den Fernen und Entfremdeten gehören, so gewiß die Botschaft von der vergehenden Liebe allen, aber auch wirklich allen gilt. ... Es gilt, mitzutragen und mitzulieben, fremde Schuld aufs eigene Herz und Gewissen nehmen. Wir müssen uns in die Seelen der anderen hineinverfügen, in ihre Not und ihre Schuld, in ihr Sehnen und Suchen, um dann mit ihnen und für sie den Weg in die Höhe zu suchen. ... Ueber jedem Gottesdienst, an dem wir teilnehmen und mitwirken dürfen, soll es leuchtend stehen: Er der Meister, wir die Brüder! Und von hier aus muß dann der Liebesdienst Jesu Christi in Haus und Familie, in Beruf und Amt, in Politik und Wirtschaft, in Staat und Volk hineingetragen und hineingelebt werden. So an einer neuen Volksgemeinschaft mitzuarbeiten, dazu seid Ihr berufen. —

Auch der geistliche Vizepräsident D. Burghardt ergriff, und zwar als Vertreter des Ev. Oberkirchenrats, das Wort. Mit ungeheurem Ernst erklärte er u. a.:

„Wir verschweigen den jungen Theologen den Ernst der Lage nicht, wir wollen niemanden zum Amt zulassen, der nicht bereit ist, mit Leib und Seele der Kirche zu dienen. Wir wollen niemanden haben, der sich an Mut überbietet von den jungen Leuten, die in das Reichsheer eintreten und die doch auch damit rechnen müssen, daß sie einst ihr Blut hingeben müssen. Wir können zum geistlichen Amt nur Menschen gebrauchen, stark, fest entschlossen, nur dem einen zu dienen, der in die Welt gekommen ist, die Menschenseele zu verbinden mit dem ewigen und lebendigen Gott. ... So wollen wir mit Glaubensmut und mit fester Entschlossenheit auf unsern Pfosten ausharren in Pflichterfüllung bis zum Letzten!“

deutschen, wollten, an der Die Großdeutsche Beamten-Lage gegeben mit jah Dr. E.

Rab

Die Fragen d

Die Bem von Niederösterreich Regierung auf zum Erfolg g Bundessta Außenminister Innenminister Josef Redl Reich. Minister für Unterricht minister wird

Der Verlin

Das Reich digten Sition sonalfragen ge daß man sich hingetoner W Amerikas in ankündigen.

Die Erklä Weihen Hauje ganz außerord rikanische Prä hat, die der K zuerkannt we wird die Infi ordentlich her dungen lassen Form und amerikanische

Bisher fir danfengänge e lich in Deutsch Man spricht v nen und Krieg lichten einer Ueber die A Authentisches halb zunäch

Immerhin läß verantwortliche Finanz- und V lich auch dori Situation hing daß Präsident hervorgetreten reise gemacht vielleicht auch Washington ge amerikanische daß ein län

Jedenfalls läß haltung de Kreise den E die Vereinten nationalen Be

Die kurze Hoover-

Die freun mit unbestätt rikanischen Be bant in Höhe zunächst eine Börse, wobei gen. Die lehr Schwankungen markt hatten. gegen gestern annähernd wi trat an den G umschwung ein saft wie de

Angesichts gen sah sich bi gen, die Not lassen. Nunm die besonders dem regulären werden.

Ein amer einzige zur Reichsbank el alsbald wieder dem schweren einengungen i

Ho

Amer Der von wartete Worl Definitivität gemeldet wird klärung abgege beteiligten Vän Leitner, durch

markt wirklich
e auch zahlen-
e sich auswir-
ker mühte in
2 Milliarden
abnimmt, zu-
twas anderes:
k: in Amerika
Milliarden, in
ern der Welt-
Ausfuhr amä-
die Hemmung
den Mark be-
er die ganzen
verteilte. Wie
ie Wirtschaft-
bedanke, wenn
Produktion in
wanzig Millio-
illiarden Mark
e Erscheinung
kende Absatz,
Bei der Zu-
t durch falsche
Deflation weiß
nd noch größer
allen deutlich
nten damals
den Krisen-
Wer das Geld
bezahlbarkeit
ungen zu ver-
age in diesem
lk benutzt, ist
s, daß gerade
s, daß gerade
sich
agt wohl, Not
e auch denken
in Dingen, das
urt Becker.

ert.
auftragt.
nun auch der
Dr. Seipel
gebildung ge-

Mission in die
da alle seine
Teil der Nacht
Bildung einer
heitsregierung
hierauf, noch
lamentarischen
den Abgeord-
ts designierter

en Eintritt in
da nach ihrer
Konzentration
drauf, ein Ka-
heiten zu bil-
da die Groß-

haft sein, nicht
gangener Ge-
ndigen, gegen-

herr Christus
unserer Brü-
keine Passio-
en im Volks-

he eine Volks-
Gand. Aber
Netz mit aus-
n dürfen, die
nnten haben.
de muß auch
ewig die Bot-
auch wirklich
mitzuleiden,
issen nehmen
ineinanderse-
u und Suchen,
die Höhe zu
dem wir teil-
stehend stehen:
hier aus muß
und Familie,
haft, in Staat
werden. So
arbeiten, dazu

hardt ergriff,
chenrats, das
u. a.:
en den Ernst
Amt zulassen,
ver Kirche zu
e sich an Mut
in das Reichs-
nen müssen,
können zum
tark, fest ent-
die Welt ge-
llen mit dem
llen wir mit
t auf unserem
zum Leben!"

deutschen, wenn sie auch die Regierung unterstützen wollten, an derselben nicht teilnehmen zu können erklärten. Die Großdeutschen hatten ihren Standpunkt in der Frage des Beamten-Knotens nicht geändert, wodurch dieselbe Lage gegeben war, wie vor dem Rücktritt Dr. Enders. Damit sah Dr. Seipel seine Mission für erledigt an.

Rabinett Buresch gebildet.

Die Fragen der Beamtengehaltskürzung und der Arbeitslosenversicherung zurückgestellt.

Die Bemühungen des bisherigen Landeshaupmanns von Niederösterreich, Dr. Buresch, um die Bildung einer Regierung aus den bisherigen Mehrheitsparteien haben zum Erfolg geführt.

Bundeskanzler wird Dr. Buresch, Vizekanzler und Außenminister Dr. Schöber, Heeresminister Daugold, Innenminister Winkler (Landbund), Finanzminister Dr. Josef Redlich, Minister für soziale Verwaltung Dr. Josef Redlich, Minister für Landwirtschaft Dollfuß, Minister für Unterricht Czermak und für Handel Ziegl, Justizminister wird Dr. Schürff.

Hoover will Deutschland helfen.

Attempause. — Neue Anleihen.

Der Berliner Eindruck der Washingtoner Erklärungen.

— Berlin, 21. Juni.

Das Reichskabinett ist am Sonnabend zu der angekündigten Sitzung zusammengetreten, in der bekanntlich Personalfragen geregelt werden sollten. Es liegt auf der Hand, daß man sich bei dieser Gelegenheit auch über die Washingtoner Meldungen unterhielt, die eine Initiative Amerikas in der Kriegsschulden- und Reparationsfrage ankündigten.

Die Erklärungen Hoovers bei der Pressekonferenz im Weißen Hause haben in der Reichshauptstadt natürlich ein ganz außerordentliches Interesse gefunden, zumal der amerikanische Präsident besonders die Bedeutung hervorgehoben hat, die der Lage Deutschlands in diesem Zusammenhang zukommen wird. In Berliner politischen Kreisen wird die Initiative des amerikanischen Präsidenten außerordentlich herzlich begrüßt. Die bisher vorliegenden Meldungen lassen freilich noch nicht erkennen, in welcher Form und in welchem Umfang die angekündigte amerikanische Aktion durchgeführt werden soll.

Bisher sind in der amerikanischen Presse nur die Gedankenkreise erwähnt worden, die in Europa und namentlich in Deutschland bereits seit langem entwickelt wurden. Man spricht von dem Zusammenhang zwischen Reparationen und Kriegsschulden; man ventiliert außerdem die Möglichkeiten einer Anleihehilfe.

Ueber die Absichten Hoovers selbst ist jedoch noch nichts Aufheissendes bekanntgeworden. Es empfiehlt sich deshalb zunächst einmal abzuwarten, bis nähere Informationen vorliegen.

Immerhin läßt sich schon jetzt erkennen, daß auch in den verantwortlichen Kreisen Amerikas die Zusammenhänge der Finanz- und Wirtschaftskrise erkannt werden und daß man sich auch dort kaum noch einem Zweifel über den Ernst der Situation hingibt. Ueberall hat in politischen Kreisen, daß Präsident Hoover bereits jetzt mit seiner Erklärung hervorgetreten ist, ehe Staatssekretär Stimson seine Europa-reise gemacht hat. Die Entwicklung der letzten Wochen, vielleicht auch die Berichte, die Staatssekretär Mellon nach Washington gegeben hat, dürften den verantwortlichen amerikanischen Kreisen die Ueberzeugung vermittelt haben, daß ein längeres Warten die Situation nur noch bedrohlicher gestalten kann.

Sodanfalls läßt sich bei aller selbstverständlichen Zurückhaltung des Urteils nach der Auffassung politischer Kreise den Erklärungen des Präsidenten entnehmen, daß die Vereinigten Staaten sich an den bevorstehenden internationalen Verhandlungen recht aktiv beteiligen werden.

Die Wirkung auf die Börse.

Kurze Hoover-Hausse. — Später Krediteinschränkung durch die Reichsbank.

Die freundlichen Erklärungen Hoovers, in Verbindung mit unbefätigten Gerüchten über einen langfristigen amerikanischen Bereitschaftskredit für die Reichsbank in Höhe von 300 Millionen Dollar bewirkten zunächst eine kräftige Erholung an der Berliner Börse, wobei die Kurse teilweise bis um 10 Prozent stiegen. Die sehr feste Tendenz konnte sich unter kleinen Schwankungen bis zur Feststellung der Kurse am Devisenmarkt halten. Als sich dann ergab, daß die Devisennachfrage gegen gestern kaum geringer geworden war, — sie soll annähernd wieder 70 Millionen Mark betragen haben — trat an den Effektenmärkten ein allgemeiner Stimmungsumschwung ein, und die anfänglichen Kursgewinne gingen fast wieder verloren.

Angesichts der unverändert großen Devisenanforderungen sah sich die Reichsbank zu der Maßnahme gezwungen, die Notierung des Privatdiskontsatzes ausfallen zu lassen. Nunmehr müssen also auch diejenigen Wechsel, die die besonders gute Qualität der Privatdiskonten haben, auf dem regulären Diskontweg bei der Reichsbank eingereicht werden.

Ein amerikanischer Bereitschaftskredit wäre wohl das einzige zur Zeit sichtbare Mittel, um die eben von der Reichsbank eingeleitete Methode der Krediteinschränkung alsbald wieder verlassen zu können und die Wirtschaft vor dem schweren zusätzlichen Druck zu bewahren, den Kredit-einsparungen über sie verhängen.

Hoovers Vorschlag.

Amerika schlägt ein Schuldenferienjahr vor.

Der von der ganzen Welt mit größter Spannung erwartete Vorschlag Amerikas zur Schuldenerfrage ist jetzt der Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Wie aus Washington gemeldet wird, hat Präsident Hoover folgende Erklärung abgegeben, deren Wortlaut er den Missionärs der beteiligten Länder, darunter dem deutschen Geschäftsträger Leitner, durch das Außenamt überreichen ließ:

Gleich nach der Ernennung durch Bundespräsident Wilson leisteten die Mitglieder des neuen Kabinetts den Eid in die Hand des Bundespräsidenten. Die nächste Sitzung des Nationalrats findet am Dienstag, den 23. Juni, statt.

Bureschs Konzeptionen an die Parteien.

Bei den Verhandlungen Dr. Bureschs über die Kabinettsbildung spielten die Fragen der Beamtengehaltskürzung mit Rücksicht auf die Großdeutschen und der Arbeitslosenversicherung eine wesentliche Rolle. Die Erledigung beider, früher beabsichtigten auf Erparungen hinzielenden Maßnahmen werden vorläufig zurückgestellt, letztere im Hinblick auf eine wohlwollende Haltung der Sozialdemokratischen Partei, mit deren Führer Dr. Buresch eine längere Unterredung hatte.

Dr. Josef Redlich war früher Professor der Nationalökonomie und Rechtswissenschaften an der Universität Wien. Im Herbst 1918 gehörte er als Finanzminister dem Kabinett Dammasch, dem letzten kurzfristigen Kabinett der Monarchie, an. Seit einer Reihe von Jahren ist Redlich ordentlicher Professor an der Harvard-Universität in Amerika und war jetzt zum Sommeraufenthalt in seine österreichische Heimat gekommen.

Die amerikanische Regierung schlägt einen einjährigen Aufschub aller Zahlungen auf Schulden der Regierungen, Reparationen und Wiederaufbauschulden vor, und zwar sowohl bezüglich des Kapitals wie der Zinsen, ausgenommen natürlich Schuldverpflichtungen der Regierungen, die sich in Privathänden befinden. Vorbehaltlich der Zustimmung des Kongresses ist die amerikanische Regierung bereit zu einem Aufschub aller ihr seitens fremder Regierungen geschuldeten Zahlungen während des am 1. Juli 1931 beginnenden Geschäftsjahres, unter der Bedingung, daß die wichtigsten Gläubigerstaaten ebenfalls alle ihnen geschuldeten Zahlungen auf Regierungsschulden für ein Jahr aufschieben.

Dieser Schritt ist von 21 Senatoren und 18 Mitgliedern des Repräsentantenhauses gebilligt worden. Er wurde ferner gebilligt von dem Botschafter Dawes und Owen D. Young.

Zweck dieses Schrittes

Ist, das kommende Jahr der wirtschaftlichen Erholung der Welt zu widmen und die Kräfte in den Vereinigten Staaten, die bereits am Wiederaufbau arbeiten, von den von außen kommenden verzögernden Faktoren zu befreien. Die über die ganze Welt verbreitete Depression hat die europäischen Staaten mehr in Mitleidenschaft gezogen als uns. Einige jener Staaten fühlen die Verminderung ihrer wirtschaftlichen Stabilität durch diese Depression in erstem Maße. Das Gewicht der Regierungsschulden, das in normalen Zeiten tragbar wäre, drückt inmitten dieser Depression schwer auf die Wälder.

Aus einer Reihe von Gründen, die aus der Depression resultieren, beispielsweise der Preissturz fremder Waren und das mangelnde Vertrauen in die wirtschaftliche und politische Stabilität im Ausland, begann eine abnorme Zuwanderung von Gold nach den Vereinigten Staaten, wodurch die Kreditfähigkeit vieler fremder Staaten vermindert wurde. Diese und andere Schwierigkeiten im Ausland verringern die Kaufkraft für unsere Exportwaren und sind daher in gewissem Umfang schuld an unserer fortwährenden Arbeitslosigkeit und den fortwährend niedrigen Preisen für unsere Farmprodukte.

Rechtzeitige Maßnahmen sind daher geboten, um den Druck dieser ungünstigen Faktoren im Ausland zu lindern, zur Wiederherstellung des Vertrauens beizutragen und dadurch den politischen Frieden und die wirtschaftliche Stabilität in der Welt zu fördern.

Die Autorität des Präsidenten der Vereinigten Staaten bezüglich der Lösung dieser Probleme ist begrenzt, da er hierin vom Kongress unterstützt werden muß. Dem Präsidenten ist von führenden Mitgliedern beider Häuser des Kongresses herliche Unterstützung zugesichert worden.

Der Kern des Vorschlages

Ist, den Schuldneuern Zeit zur Wiedererlangung ihrer nationalen Prosperität zu geben, und ich richte an die Amerikaner den Rat, in ihrem eigenen Interesse gute Gläubiger und gute Nachbarn zu sein.

Amerika und die Reparationen.

Ich möchte diese Gelegenheit dazu benutzen, meine Ansicht über unsere Beziehungen zu den deutschen Reparationen und den uns von den europäischen alliierten Regierungen geschuldeten Summen offen zu äußern: Unsere Regierung hat sich nicht an der Auferlegung der Reparationen beteiligt, noch sich irgendwie bezüglich ihrer Festsetzung geäußert. Wir haben mit voller Unbetheiligung an der Aufteilung von Kolonien oder von Privatigentum. Die Rückzahlung der Anleihen, die wir den Alliierten für den Krieg und für Wiederaufbauzwecke gewährten, wurde auf einer Basis geregelt, die weder mit den deutschen Reparationen irgendwie zusammenhängt, noch von deren Zahlung abhängig gemacht wurde.

Daher ist die Reparationsfrage notwendigerweise ein rein europäisches Problem, mit dem wir nichts zu tun haben. Ich billige nicht im entferntesten die Streichung der uns geschuldeten Summen. Das Weltvertrauen würde durch einen derartigen Schritt nicht gefördert werden. Keiner unserer Schuldner hat das je vorgeklagt, aber da die Basis der Forderung dieser Schulden die Zahlungsfähigkeit des Schuldners unter normalen Verhältnissen war, so führen wir nur konsequent



unsere eigenen Prinzipien durch, wenn wir die gegenwärtigen anormalen Verhältnisse in der Welt in Rechnung ziehen.

Ich bin davon überzeugt, daß das amerikanische Volk nicht den Wunsch hat, den Versuch zu machen, vom Schuldner mehr herauszuholen, als er zahlen kann, und meiner Ansicht nach verlangt eine weitschauende Politik, daß unsere Regierung die gegenwärtige Situation in ihrer Realität anerkennt. Diese Haltung entspringt vollkommen unserer bisher befolgten Politik.

Wir werden dadurch nicht in die Diskussion rein europäischer Probleme, zu denen die Reparationsfrage gehört, hineingezogen, wir wollen lediglich unsere Bereitschaft ausdrücken, zur baldigen Erholung der Weltprosperität, an der unser Volk so stark interessiert ist, unseren Teil beizutragen.

Ich möchte noch hinzufügen, daß wir, obgleich dieser Schritt mit der für nächsten Februar angesetzten Konferenz zur Beschränkung der Landabrüstungen nichts zu tun hat, doch die Hoffnung haben, angesichts des starken Einflusses des Weltkräftens auf die gegenwärtige Depression werde unser Schritt zu freundschaftlicheren Beziehungen beitragen, die für die Lösung dieser wichtigen Rüstungsfrage so notwendig sind.

Durch diese Erklärung des amerikanischen Präsidenten werden die ersten aufsehenerregenden Meldungen der New Yorker Presse über ein beabsichtigtes zwei- bis dreijähriges Schuldenmoratorium überholt.

Der Bericht der Washingtoner Botschaft.

Dem Auswärtigen Amt ist ein ausführlicher Kabinettsbericht der Deutschen Botschaft in Washington zugegangen, den der Gesandtschaftsrat Leitner, der in Abwesenheit des Botschafters die Geschäfte führt, über seine Unterredung mit dem amerikanischen Außenminister gegeben hat. Der Bericht enthält eine ausführliche Darstellung der Vorschläge, die der amerikanische Präsident in den Fragen der Schuldensundung, der Anleihegewährung nach Europa und der finanziellen Entlastung Europas aufgestellt hat, sowie die Erörterungen, die in einer ausführlichen Unterredung der amerikanischen Außenminister diesen Vorschlägen zugefügt hat.

Reparationsberatungen in Berlin.

Das Reichskabinett und namentlich der reparationspolitische Ausschuss des Kabinetts hat am Sonnabend die vorgelegenen Beratungen fortgesetzt. In den Verhandlungen nahmen wieder die bereits in Berlin weilenden deutschen Botschafter teil.

Entlastung um 1500 Millionen.

Die Bedeutung des Hooverschen Vorschlages. — Der Eindruck in Berlin.

— Berlin, 22. Juni.

Der Vorschlag des Präsidenten Hoover findet in Berlin die Aufnahme, die einem Ereignis von ganz außergewöhnlicher Bedeutung zukommt. Diese Bedeutung zeigt sich in der Tatsache, daß der Gedanke Hoovers weit über das hinausgeht, was der Youngplan an möglichen Erleichterungen vorsieht. Das gilt von drei Gesichtspunkten aus:

1. Hoover schlägt nicht nur einen Transfer, sondern einen Zahlungsaufschub vor;
2. der Aufschub soll nicht erst nach dem im Youngplan vorgesehenen Fristen, sondern bereits am 1. Juli eintreten;
3. er umfaßt die geschuldeten und die ungeschuldeten Zahlungen, also auch die 660 Millionen, die wir bei einem regulären Young-Moratorium auf alle Fälle zu zahlen hätten.

Die Ersparnis des schuldenfreien Jahres würde uns etwa 1500 Millionen Mark ausmachen. Der amerikanische Präsident nimmt von dem Feierjahr die Schuldverpflichtungen an Private aus. Das würde bedeuten, daß die Zinsen aus der Dawes- und der Younganleihe weiter zu zahlen wären. Dabei handelt es sich aber nur um einen verhältnismäßig geringfügigen Betrag, der ja auch im Etat außerhalb der Reparationsannuität besonders angelegt ist. Dagegen würden die Zahlungen, die wir auf Grund des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages an die Vereinigten Staaten zu leisten haben, mit einer unbedingten Ausnahme ebenfalls eingestellt werden können.

Der Reichshaushalt erfährt durch die völlige Aufhebung des Youngplans für ein Jahr eine Entlastung von über 1500 Millionen Mark.

Das kommt gleichzeitig unserer Devisen- und Kreditlage zu Hilfe und wirkt sich, wenn damit nicht nur finanzia, sondern auch wirtschaftspolitisch aus. In Berliner politischen Kreisen unterteilt man besonders, wie stark in der Erklärung des Präsidenten Hoover betont wird, daß jetzt die Wirtschaft und Notwendigkeit ihrer Gesundung den Vorrang vor der Politik habe. Das ist ein Ideengang, wie er in Deutschland seit langem vertreten wird. Erfreulicherweise hat sich diese Einsicht auch in Amerika so weit durchgesetzt, daß sie zu einer Initiative des Präsidenten Hoover führte, die in Deutschland nur auf das Herzlichste begrüßt wird.

Die weitere Entwicklung

hängt nun davon ab, wie die europäischen Mächte die amerikanische Anregung aufnehmen. Allgemein erwartet man, daß sich niemand den Vorschlägen Hoovers entziehen kann. Das gilt auch für Frankreich, in dessen Presse wohl am ehesten noch eine gewisse Skepsis gegen die in den letzten Tagen angekündigten amerikanischen Schritte herauszulesen war. Der Vorschlag Hoovers ist zudem auch so aufgebaut, daß er ja auch den europäischen Gläubigerstaaten materiell entgegenkommt. Das geschieht vor allem mit der ausdrücklichen Einbeziehung auch der Zinszahlungen. Sie betragen nach dem Schuldenabkommen in der fraglichen Zeit bei Frankreich etwa das Dreieinhalbfache und bei England fast das Fünffache der Schuldentilgung. Betrachtet man den Vorschlag Hoovers schließlich noch unter dem Gesichtspunkt einer Revision, so muß man zu dem Ergebnis kommen, daß auch in dieser Beziehung eine Erleichterung durch das Ferienjahr vorbereitet wird.

Alle eingeweihten Kreise sind sich darüber klar gewesen, daß die Revisionsmöglichkeiten durch drei Ereignisse stark gehemmt und erschwert werden, die in den Zeitraum bis

zum nächsten Sommer fallen. Das sind die Wahlen in Amerika und Frankreich, ist weiter die Abrüstungskonferenz. Ueber diese Schwierigkeiten hilft das Ferienjahr hinweg, und inzwischen findet sich, so hofft man in politischen Kreisen, Gelegenheit, die Revisionsfrage praktisch aufzurollen.

Hindenburg an Hoover.

Eine Botschaft des Reichspräsidenten.

— Berlin, 22. Juni.

Wie wir erfahren, hat Reichspräsident von Hindenburg in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag an den Präsidenten Hoover ein Telegramm gerichtet, in dem er darauf hinweist, daß die Notlage des deutschen Volkes eine sofortige Entlastung notwendig mache.

Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident diesen Schritt nicht ohne das vorherige Einverständnis des Präsidenten Hoover unternommen hat. Eine Veröffentlichung des Telegramms wird nicht in Berlin, sondern vielleicht in New York erfolgen.

Deutschland hat bereits zugestimmt.

Annahme durch England und Italien bevorstehend.

Die Reichsregierung ist über den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten ebenso wie die anderen Hauptmächte auf dem Weg über die Botschaft in Washington Sonnabendabend unterrichtet worden.

Wie wir erfahren, hat die amerikanische Regierung bereits ihre Zustimmung zu dem Vorschlag mitgeteilt.

Die Zustimmung ist um so freudiger erfolgt, als man in Berlin wohl zu würdigen weiß, was die Einschaltung der Vereinigten Staaten in die Bemühungen zur Beseitigung der Weltwirtschaftskrise bedeutet. Die Erleichterungen, die Deutschland nach dem Vorschlag zuteil würden, belaufen sich nach den Berechnungen der zuständigen Stellen auf rund 1500 Millionen. Von der Gesamtsumme, die während dieses Zeitraums fällig wäre, muß man etwa 200 Millionen für laufende Zinsverpflichtungen abziehen.

In diesem Zusammenhang ist auch zu unterstreichen, daß die Revisionsmöglichkeiten durch das Ferienjahr nicht beeinträchtigt werden. Nach Berliner Auffassung wird auf diese Weise keine Aussicht verbaut, und es ist schließlich richtiger, die Zahlungen auf Wunsch des Gläubigers als gegen die Front der Gläubiger einzustellen.

Eine wesentliche Frage für die weitere Entwicklung ist natürlich, welchen Standpunkt die übrigen Mächte einnehmen werden.

Es ist anzunehmen, daß England ebenfalls sein Einverständnis erklären wird, ebenso Italien.

Problematischer erscheint im Augenblick noch die Stellung Frankreichs. Auch in deutschen politischen Kreisen wird nicht verkannt, daß Frankreich gewisse Opfer bringen müßte. Frankreich erhält von uns über 800 Millionen RM und hat selbst mehr als 400 Millionen Kriegsschuldenverpflichtungen zu zahlen, erleidet also einen Ausfall von 400 Millionen RM. Es ist aber schließlich wohl kaum anzunehmen, daß Frankreich sich einer Gesamaktion Amerikas und Europas entziehen wird.

Hoover lehnt Gegenanschläge ab.

— New York, 22. Juni. Nach aus Washington vorliegenden Berichten sind Verhandlungen über die Verwirklichung des Hoover'schen Vorschlages bereits im Gange, jedoch sei noch unerklärbar, wie die amerikanische Anregung verwirklicht werden solle. Es scheint festzustehen, daß Hoover energisch etwaige Gegenanschläge interessierter Regierungen ablehnen wird. Insbesondere wären Bemühungen auf Ausdehnung des Zahlungsausschlusses auf einen größeren Zeitraum zum Scheitern verurteilt. In politischen Kreisen werden einige Befürchtungen über die Haltung Frankreichs laut, da man glaubt, daß die Pariser Regierung versuchen werde, einen gewissen Teil deutscher Tributleistungen vom Zahlungsausschub auszunehmen. Andererseits aber geben maßgebende Politiker der Meinung Ausdruck, daß Frankreich unter dem Druck der Weltmeinung gezwungen sein werde, den Vorschlag bedingungslos anzunehmen.

Die Gerüchte, daß die Federal Reservebank der Reichsbank einen Bereitschaftskredit von 300 Millionen einräume, erhalten sich weiter. Von Hoover nahestehenden Kreisen wird jedoch versichert, daß eine Regierungsanleihe selbstverständlich nicht in Frage komme. Jedoch würde die Regierung gegen die Kreditgewährung der Federal Reservebank nichts einzuwenden haben.

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des Aufwärts.

Für Monat 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name

Stand

Wohnort

Straße und Hausnummer

An das Postamt

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einreichen. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld. *) Nichtzutreffendes streichen.

Ueberfall auf Nationalsozialisten in Danzig

11 Schwerverletzte.

— Danzig, 21. Juni. Am heutigen Sonntag nachmittag kam es im Zentrum der Stadt zu einer Straßenschlacht zwischen Arbeiterschützern und Nationalsozialisten, die durch das herausfordernde Verhalten der Arbeiterschützer hervorgerufen worden war. Arbeiterschützer zogen in geschlossenem Zuge — was in Danzig verboten ist — durch die Straßen der Altstadt und fielen in der Schmiedegasse über zwei Nationalsozialisten her, die sie niederschlugen und schwer verletzten. Als hierauf zahlreiche Nationalsozialisten aus ihrem Parteilokal in der Schmiedegasse ihren bedrängten Kameraden zu Hilfe eilten, wurden sie von den Arbeiterschützern mit Revolvergeschüssen empfangen. Die Nationalsozialisten erwiderten das Feuer. Bei der Schießerei wurden drei Nationalsozialisten durch Revolvergeschüsse schwer verletzt. Sie wurden ins Krankenhaus gebracht. Die Schlägerei pflanzte sich später auf dem Holzmarkt fort, wo es zu größeren Zusammenstößen und schließlich zu einer regelrechten Straßenschlacht kam, bei der von beiden Seiten ausgiebig von der Schusswaffe Gebrauch gemacht wurde. Insgesamt wurden acht zum Teil Schwerverletzte in das Krankenhaus eingeliefert, darunter sieben Arbeiterschützer und einer Nationalsozialist. Die Verletzten wurden von den Arbeiterschützern ebenfalls mit Schüssen empfangen. Es wurden zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Wie herausfordernd das Verhalten der Arbeiterschützer war, geht aus der Tatsache hervor, daß bald nach den Zusammenstößen eine geschlossene Gruppe von Arbeiterschützern an dem Parteilokal der NSDAP in der Schmiedegasse vorbeimarschierte, wobei der Führer der Schützler „die Augen links“ kommandierte und alle Arbeiterschützer in der Richtung auf das Lokal auspackten.

Auch an der Grünen Brücke, die ebenfalls im Zentrum der Stadt liegt, kam es zu einem kleineren Zusammenstoß, bei dem gleichfalls ein Nationalsozialist eine Schußverletzung erhielt.

Das kommunistische Volksbegehren

in Braunschweig.

— Braunschweig, 21. Juni. Für das kommunistische Volksbegehren auf Auflösung des Landtages wurden am Sonntag in der Stadt Braunschweig 16 788 Stimmen abgegeben. Bei der letzten Landtagswahl im September erhielten die Kommunisten in der Stadt Braunschweig 8 756 Stimmen. Wahlberechtigt waren bei den letzten Wahlen in der Stadt 115 560 Personen. Ueber die Ergebnisse im Lande Braunschweig liegen noch keine Resultate vor. In einigen Orten soll die Mindestzahl, also 10 v. H., überschritten sein, während in vielen Orten diese Zahl nicht erreicht sein soll. Die Zahl der Wähler in Stadt und Land Braunschweig beträgt insgesamt 346 000. Infolgedessen müssen die Kommunisten für den endgültigen Wahlgang mindestens 173 000 Stimmen aufbringen.

271 Kilometer in 104 Minuten.

Glückliche Schnellfahrt des Schienen-Zeppelin.

Nach dem Start um 3.27 Uhr in Bergedorf bei Hamburg traf der Schienenzeppelin Krutenbergs Sonntag früh um 5.11 Uhr auf dem Spanbauer Hauptbahnhof ein. Er hatte die Strecke von 271 Kilometern in 1 Stunde 44 Minuten durchfahren und einen Durchschnitt von 170 Stundenkilometern erreicht. Die Höchstgeschwindigkeit betrug 230 Stundenkilometer.

Nachdem bei Dergentzien die Höchstgeschwindigkeit erreicht war, mußte der Schienenzeppelin in Wittenberge wenige Minuten später, 4.41 Uhr, mit stark gedrosselter Geschwindigkeit — 60 Kilometer — befahren werden, wegen der kurzen- und weichenreichen Strecke. Bald war wieder eine Geschwindigkeit von etwa 200 Stundenkilometern erreicht.

Dr. Krutenberg wurde von den auf dem Bahnsteig Anwesenden mit herzlichem Beifall begrüßt. An der Fahrt hatten ferner teilgenommen der Konstrukteur Dipl.-Ing. Stedefeld, der Führer Ing. Blad, die Gattin Krutenbergs sowie zwei Monteure. Ingenieur Stedefeld berichtete, daß alles wie am Schnürchen geklappt hätte. Er habe auf der Fahrt ein Flugzeug von Hamburg aus beobachtet, als jedoch die hohen Geschwindigkeiten erreicht wurden, habe das

Flugzeug nicht mehr folgen können. Auch bei größter Geschwindigkeit war immer ausgezeichnete Sicht.

Trotz der frühen Morgenstunden hatten sich längs der Bahnstrecke riesige Menschenmassen angesammelt. Hohl Spandau war auf den Beinen. Nach einem halbtägigen Aufenthalt in Spandau setzte sich der Propellerwagen wieder in Fahrt, und der silberne Leib glitt ruhig, ohne Propellerantrieb, zum Bahnhof Brunowald. Hier hatten sich die Vertreter der Deutschen Reichsbahn eingefunden. Von 8 Uhr früh ab wurde der Wagen dem Publikum gezeigt. Ueber die Rückfahrt nach Hannover ist noch nichts Näheres festgelegt.

Do X in Rio de Janeiro.

Begeisterter Empfang durch die Bevölkerung.

Das deutsche Flugzeug Do X ist nach abermaliger Zwischenlandung in Sao Pedro Sonnabend mittig in der brasilianischen Hauptstadt Rio de Janeiro gelandet. Die brasilianische Regierung entsandte sofort, nachdem der Do X in der Guanabara-Bucht in ruhigem Wasser niedergegangen war, zwei Militärflugzeuge, um das Flugzeug nach der Ankerstelle zu verbringen. Die Begeisterung der Bevölkerung war ungeheuer. Hohe Regierungsbeamte und die Spitzen der Gesellschaft fanden sich in großer Zahl in dem Befehlungs-Pavillon ein, um sich das Riesenschiff anzusehen, und Tausende von Menschen umfärbten die Hauptboulevards, um Do X zu begrüßen.

Gegen die Notverordnung.

Der Hausbesitz protestiert.

Der Zentralverband Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine, die Spitzenorganisation des deutschen Hausbesitzes, veranstaltet am 22. Juni im Berliner Sportpalast eine öffentliche Protestkundgebung gegen die neue Notverordnung, insbesondere gegen die in der Notverordnung getroffene Regelung der Abgeltung der erhöhten Aufwertungsverzinsung.

Thüringen verlangt Abänderung.

Der Thüringische Landtag nahm eine Entschließung der Volkspartei an, in der die Regierung ersucht wird,

bei der Reichsregierung auf eine Änderung der Notverordnung vom 5. Juni 1931 und auf die Aufhebung der Tributabgaben hinzuwirken.

Die Annahme dieses Satzes erfolgte einstimmig. Die Entschließung lautet weiter: „Zu ändern sind die Bestimmungen der Notverordnung, durch die dem deutschen Volk über die bisher untragbare Last hinaus noch neue Lasten auferlegt werden sollen.“

Weiter gelangte aus einer Entschließung der Nationalsozialisten folgender Satz zur Annahme: „Die Regierung wird beauftragt, bei der Reichsregierung umgehend Protest zu erheben gegen die Notverordnung vom 5. Juni, deren Auswirkungen das Lebensniveau des deutschen Volkes auf das unerträglichste herabdrücken.“

Herabsetzung der Mais- und Gerstenpreise

Der Verwaltungsrat des Maismonopols hat beschlossen, den Preis für Mais von 250 Mark auf 170 Mark für die Tonne herabzusetzen. Ferner ist von den zuständigen Ministern eine Verordnung genehmigt worden, die am 26. Juni 1931 in Kraft tritt und vorsieht, daß künftig beim Bezuge von einem Doppelzentner Kartoffelschalen von der Deutschen Getreidehandels-Gesellschaft m. b. H. ein Doppelzentner Gerste zu Futterzwecken zum Zollsatz von 5 Mark für einen Doppelzentner eingeführt werden darf. Da Kartoffelschalen künftig zu 170 Mark statt zu 185 Mark abgegeben werden, ermäßigt sich bei Zugrundelegung eines Preises von 85 Mark für die Tonne Gerste zu Futterzwecken auf 152.50 Mark.

Für die alten Gerstenbezugsheine, die bei Inkrafttreten der neuen Verordnung noch nicht ausgenutzt sind, wird der Zoll gleichfalls auf 5 Mark für einen Doppelzentner herabgesetzt.

Bad Salzungen am Teutoburger Walde. Trotz der ungünstigen wirtschaftlichen Lage ist der Besuch des lippischen Heilbades Salzungen auch in diesem Jahre ein verhältnismäßig guter und hat nach starkem Zustrom von Kurgästen, besonders in den ersten Tagen des Monats Juni, bereits die Zahl von 8000 Fremden überschritten. Die vorzügliche heilkräftigen Thermalquellen und reizvoll schöner landschaftlicher Lage werden immer mehr anerkannt. Dazu kommt, daß man in Erkenntnis der allgemeinen Notlage sich zu weitgehenden Ermäßigungen und vor allem zur Einführung sogenannter Pauschaluren entschlossen hat und bestrebt ist, den Kuraufenthalt soviel wie irgend möglich zu verbilligen. Der Erfolg solcher verständnisvoller Maßnahmen ist denn auch nicht ausbleiben, denn es ist nicht zu bestreiten: Bad Salzungen übt auch in diesem Jahre seine Anziehungskraft aus!

Bethel.

— Christlicher Verein junger Männer. Jeden Montag 8¼ Uhr Männerchor in „Ephrata“. Vorstandssitzung am Donnerstag 8¼ Uhr in „Ephrata“. Die Helfer sind eingeladen.

— Volkshaus der Aufbauschule. Am Mittwoch, den 24. Juni, findet im Affasphum um 20 Uhr eine Aufführung der Friedrich v. Bodelschwingh-Schule statt. Am Nachmittag um 4 Uhr wird für die Insassen der Frauen- und Männerhäuser der Anstalten gespielt. Der Abend steht unter dem Leitpruch: „Volk in Not“.

Aufgeführt wird: „Die Bürger von Calais“, von Rudolph Wirt.

Das Schulorchester trägt zur Ausgestaltung bei. Vorverkauf der Karten in der Anstaltskassa. Kinder 30 Pfennig, Erwachsene 40 Pfennig, an der Abendkasse 50 Pfennig. Erwerbslose, die sich ausweisen, haben abdo. freien Zutritt.

Anzeigen aus Bethel.

— Stäbe für Tomaten, Dahlien und sonstige Blumenstäbe hat abzugeben Wandererheim.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Welpolitik: Dr. G. Bittel; Anzeigen: R. Diekmann; alle in Bethel.

Gesucht zum 15. Juli tüchtiges

Mädchen

oder Hausdame nicht unter 20 Jahre, aus guter Familie, die bereit ist zu allen häusl. Arbeiten bei Familienanschluss u. Taschengeld. Wirtschaftlerin und Köchin vorhanden. Angebote mit Lichtbild und Referenzen an

Töchterheim Matrodt-Zobel Halberstadt a. Harz.

Ferienreisenden, welche eine Erholung nach Leib und Seele suchen, kann das

Christl. Erholungsheim

in Ostfriesland bei Interlaken, Haus Schönbühl

aufs beste empfohlen werden. Bei mäßigen Preisen, in der Nähe des Verkehrs und doch in stiller Abgeschiedenheit mit dem Blick auf die Schneeberge des Berner Oberlandes gelegen, verbindet es äußere Fürsorge mit dem Segen einer verständnisvollen christlichen Hausgemeinschaft, so daß es von zahlreichen christlichen Freunden mit immer neuer Freude und Dankbarkeit aufgesucht wird.

Einige gebrauchte, z. T. fast neue

Pianos

bewährte Fabrikate u. ein mod. kl.

Flügel

(Knahe) sind besonders preiswert (auch auf Teilzahlung) abzugeben.

FESTING

PIANOFORTEFABRIK

Es finden einige

Ruhe- und

Erholungsbedürftige

liebvolle, gute Aufnahme und Verpflegung. Einf., saub., sonniges Haus. Beste frische und tiefgefahrene Milch jederzeit. Auf Wunsch Diät. Neuester Preiswert.

Landw. Schröder, Wahren, Post Blomberg (Lippe).

Tecklenburg

im Teutoburger Wald

Evangelisches Volkshochschulheim in schöner Lage am Walde — Bäder im Hause — Schwimmbad — gute Verpflegung — Hausordnung — nimmt Erholungs Gäste auf. — Zimmer von 3.50 bis 5. — Mk.